

# Grüner Igel

Weitere Informationen jetzt  
auch im Internet: [www.gruene-lambsheim.de](http://www.gruene-lambsheim.de)



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Offene Liste Lambsheim

Nr. 15 — April 2004

## Lambsheim ist grüner ...

... geworden! Es ist nicht nur der *Grüne Igel*, den Sie wieder einmal in den Händen halten und dessen grüne Farbe signalisiert, dass die Lambsheimer GRÜNEN aus ihrer Sicht über lokalpolitische Themen informieren – und das regelmäßig und nicht nur kurz vor Wahlen.

Die Wahl einer grünen Gemeinderätin bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren hat es vielmehr mit sich gebracht, dass auch die anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien sich seit dieser Zeit verstärkt bemühen, grüne Themen aufzugreifen und das Feld der Ökologie und einer nachhaltigen Entwicklung nicht allein den GRÜNEN zu überlassen. Uns als GRÜNE freut dies, geht es uns doch um die Sache und wenn grün inzwischen zum guten Ton gehört – umso besser!

Fünf Jahre grüne Politik im Gemeinderat ist für uns Anlass, Rückschau zu halten und Bilanz zu ziehen. Was konnte erreicht werden, wo blieben Wünsche offen, welche Ziele setzen sich DIE GRÜNEN in Lambsheim für die Zukunft?

Vier Themen standen im Mittelpunkt grüner Politik:

- Umwelt und Energie
- Verkehr und Bauen
- Kinder und Jugend
- Zukunftsfähiges Lambsheim

Daneben war sicher die Bürgermeisterwahl das aktuelle Thema, das die Gemüter erhitzte und wo die Haltung der Lambsheimer GRÜNEN, auch in der Öffentlichkeit eindeutig Position zu beziehen, nicht nur Zustimmung fand. Auch nachträglich stehen DIE GRÜNEN zu ihrer Entscheidung, in der Stichwahl den dann gewählten Bürgermeister Eisenbarth zu unterstützen. Trotz politischer Differenzen hat sich die Zusammenarbeit im Gemeinderat versachlicht und werden Entscheidungen nicht mehr im Alleingang durchgezogen.

Schwer zu kauen hatte die leider immer noch nicht allzu große Gruppe der Aktiven im grünen Ortsverband an der Bundespolitik, stießen die Beschlüsse zum Atomausstieg, zur Beteiligung an Auslandseinsätzen der Bundeswehr und die einschneidenden Kürzungen in den sozialen Sicherungs-



Nach Jahrzehnten wieder aus seiner engen Betonrinne befreit – der Fuchsbach im Bereich der alten Malzfabrik —Foto: B90/Grüne

systemen im Rahmen der Agenda 2010 nicht bei allen auf Zustimmung.

In dieser und der nächsten Ausgabe des *Grünen Igels* werden wir einige der angeschnittenen Themen aufgreifen. Denn Sie haben die Wahl: Lambsheim kann noch grüner werden, wenn die Zahl der gewählten grünen VertreterInnen im Gemeinderat steigt. Ziel von uns ist es, Fraktionsstatus (zwei Sitze) zu erlangen. Erst dadurch wären wir auch in den vorberatenden Ausschüssen mit Sitz, Stimm- und Rederecht vertreten und eine wirksamere Einflussnahme als bisher durch GRÜNE auf die Lokalpolitik möglich.

### Inhalt:

Lambsheim ist grüner geworden! .....	1
Mehr Verkehr braucht mehr Straßen braucht ... ..	2
Bau eines Lidl-Marktes: Noch Beratungsbedarf .....	3
Der Polemik den Wind nehmen .....	3
Gemeinderatswahlen .....	4
Neues aus dem Rat: Strompreise ... ..	4

# Mehr Verkehr braucht mehr Straßen braucht mehr Verkehr...?

## Umgehungsstraße: Wenn schon, dann sicher und möglichst naturverträglich!

Wir leben in einer Gesellschaft mit vielfältigsten, oft künstlich geschaffenen Gründen für den zunehmenden Verkehr. Arbeitsteilige Produktion und Handel, immer mehr Logistikleistungen, „Just-in-Time“-Warenverkehre. Die Trennung von Arbeits- und Wohnort zwingt zu langen Wegzeiten, Urlaubsreisen führen oft zu fernen Zielen. Für die meisten Menschen ist das Auto scheinbar nicht mehr wegzudenken, verspricht es doch angeblich Bequemlichkeit und hohe Flexibilität, ist zudem ein wichtiges Statussymbol. Immer mehr wird auf der anderen Seite der wachsende Verkehr als Last empfunden. Wir GRÜNE fragen: Ist Straßenbau wirklich das richtige Mittel, um der wachsenden Verkehrsflut Herr zu werden? Oder ist nicht gerade der Bau von immer mehr Straßen eine Hauptursache für immer mehr Verkehr auf unserem Weg in die „mobile“ Staugesellschaft?

Im kleinen ist diese Entwicklung auch in Lamsheim nach zu vollziehen. Die meisten Bürger müssen täglich zu ihrem Arbeits- oder Ausbildungsplatz pendeln. Zentrale Einkaufsmöglichkeiten und Versorgungseinrichtungen gibt es nur noch außerhalb des Orts. Trotz relativ guter Bahnverbindung benutzen dabei die meisten das Auto. Vor allem im alten Ortskern mit seinen schmalen, nicht auf Durchgangsverkehr eingestellten Straßen, aber auch in der Siedlung klagen die Anwohner über den Verkehr. Abhilfe verspricht man sich vom Bau einer Umgehungsstraße im Osten Lamsheims. DIE GRÜNEN stehen aus vielerlei Gründen diesem seit langem geplanten und vor zwei Jahren beschlossenen Projekt sehr skeptisch gegenüber, setzen sie doch **verkehrspolitisch eher auf Vermeidung weiteren Verkehrs, Verkehrsberuhigung und vor allem den verstärkten Ausbau eines attraktiven, öffentlichen Nahverkehrsangebotes**. Ein Großteil des Verkehrsaufkommens in Lamsheim ist zudem sogenannter **Quell- und Zielverkehr**, hat also Lamsheim ohnehin als Ausgangs- oder Zielpunkt. Und ob die meisten Autofahrer nicht weiterhin den kürzeren Weg durch Siedlung und Ortsmitte wählen werden bleibt abzuwarten.

Sowohl die finanzielle Situation des Landkreises als auch der Gemeinde lassen den ursprünglich geplanten Baubeginn dieser Straße im Jahr 2005/2006 in Frage stellen. Von völlig anderer Seite, nämlich dem Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz, sind zusätzliche Bedenken angemeldet worden, die zu einer veränderten Planung führen. Insbesondere die Straßenbreite, aber auch die aus ökologischen Aspekten relativ weit gespannten Brückenbauten werden vom Rechnungshof kritisiert. Hierbei sind wir GRÜNE allerdings der Meinung, wenn schon eine neue Straße mit zusätzlichem Flächenverbrauch und ökologischen Eingriffen gebaut wird, es **kein Sparen zu Lasten der Natur und der Verkehrssicherheit geben darf**. Von daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die ursprünglich geplanten Spannweiten der Brücken erhalten bleiben, damit eine Renaturierung der Bachläufe auch Sinn macht. Ebenso setzen wir uns zum Ziel, dass die Umgehungsstraße ein sicherer Verkehrsweg

wird. Hier versprechen wir uns insbesondere von dem Bau von Verkehrskreiseln an den wichtigsten Kreuzungs- und Einmündungspunkten einiges. Wir halten es für grob fahrlässig, wenn wegen relativ geringer Mehrausgaben insbesondere auf eine **Kreisellösung** bei der Straße Lamsheim-Flomersheim verzichtet werden soll. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis es dort zu einem schweren Unfall kommt. Eine langgezogene, nicht unterbrochene Umgehung wird unweigerlich zum Rasen verführen und damit die gerade bei Ostwind jetzt schon starke Lärmbelästigung durch die Autobahn für die Bewohner der Ortsrandlage verstärken. Völlig unbefriedigend halten wir nach dem jetzigen Planungsstand auch den **Zugang zum Baggersee**. Hier fordern wir im Interesse von Kindern, Fußgängern und Radfahrern einen gesicherten Übergang, am besten in Form einer Holzbrücke.

Unabhängig von diesen Überlegungen sind wir der Meinung, dass den Bürgern reiner Wein eingeschenkt werden muss, ob aus finanziellen Gründen in absehbarer Zeit überhaupt mit dem Bau der Umgehungsstraße begonnen werden kann. Die Bewohner der Durchgangsstraßen haben nicht erst am Sankt Nimmerleinstag ein Recht auf Verkehrsberuhigung. Und das lässt sich mit relativ geringem Aufwand auch schon jetzt realisieren. Das schon zum x-ten Male umgefahrene Verkehrsschild auf der Verkehrsinsel an der Maxdorfer Straße zeigt zweierlei: Anscheinend nehmen es viele Fahrer mit der Geschwindigkeit und ihrer Aufmerksamkeit nicht so genau. Der ursprünglich geforderte Zebrastreifen oder eine Ampellösung hätte zwar die Autofahrer zum Halten gezwungen, wäre aber die sicherere Lösung gewesen.



Bereits mehrfach stark ramponiert: Die neue Fußgängerfurt in der Maxdorfer Straße an der Bäckerei Jüilly  
—Foto: B90/Grüne

# Bau eines Lidl-Marktes: Noch Beratungsbedarf

In einem Zeitungsartikel am 17. Februar konnte man es einen Tag vor der Ratssitzung nachlesen: der TB Jahn möchte sein Grundstück an den Lidl-Konzern verkaufen. Ohne die sonst obligatorischen Vorberatungen in den Ausschüssen sollte der Gemeinderat 24 Stunden später den formellen Startschuss geben und das notwendige Bebauungsplanverfahren einleiten. Die Zeit bzw. Lidl drängt!

Einige Gründe für das Vorhaben:

- eine weitere Einkaufsmöglichkeit würde in Lambsheim geschaffen werden; derzeit ist die Einkaufssituation in Lambsheim nicht zufriedenstellend;
- der Standort des Marktes hat Vorteile: er ist relativ nah am Ortskern, somit auch zu Fuß, für Fahrradfahrer und ältere MitbürgerInnen noch gut erreichbar;
- ein Markt auf der „grünen Wiese“ außerhalb Lambsheims an der L 522 hätte weitere Zersiedelung und ungleich mehr Flächenverbrauch bedeutet, hier haben wir uns bereits in der Vergangenheit mehrfach dagegen ausgesprochen.

Durchaus kritisch ist allerdings zu betrachten:

- die Einkaufssituation in Lambsheim ist noch in der Schwebe. Der HL-Markt, der eröffnet werden wird, reicht u.U. zur Verbesserung der Lage aus;
- Konkurrenz belebt das Geschäft, könnte aber auch den gegenteiligen Effekt haben und zur Schließung des Penny-Marktes führen;
- das Warensortiment des Lidl-Marktes bietet keine echte Alternative zu dem anderer Supermarktketten, es wird nur ein relativ enges Grundsortiment an Lebensmitteln angeboten;
- das Sortiment an Nicht-Lebensmitteln (Haushaltsgeräte, Kleidung, Geschirr etc.) nimmt in solchen Märkten einen immer größer werdenden Raum ein; dies könnte den Lambsheimer Fachgeschäften schaden;
- das Verkehrsaufkommen wird steigen (Tendenz: Großeinkauf mit dem Auto), die Ortskernentlastungsstraße West entlastet nicht.

Das Vorhaben des TB Jahn ist nachvollziehbar: die kostenintensive Sanierung für die derzeit kaum brauchbare Turnhalle wäre unsinnig und unnötig. Der Verein braucht Kapital, um weiterhin – auch in der Kooperation mit der Viktoria – bestehen zu können.

Doch für uns besteht zum jetzigen Zeitpunkt noch Beratungsbedarf. Etwa, wie das zu erwartende Verkehrsaufkommen aussehen wird und bewältigt werden soll. Unser Vorschlag war es, die Beschlussfassung im Rat um eine Sitzung zu verschieben, um eine vorhergehende Beratung im Fachausschuss (Bauausschuss) zu ermöglichen.

Der Einwand im Rat, dass Bedenken gegen das Vorhaben im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens ja ohnehin geprüft werden, ist nur formal richtig. Die allgemeine Erfahrung lehrt, dass solche Verfahren leider nicht ergebnisoffen verlaufen.

Mit Bebauungsplänen und insbesondere dem Flächennutzungsplan verfolgt die Gemeinde teilweise sehr langfristig angelegte, ambitionierte städtebauliche Zielsetzungen. Zumindest sollte sie dies tun. Die Bereitschaft, ein Bebauungsplanverfahren praktisch ad hoc auf die Tagesordnung zu heben und einzuleiten setzt deshalb auch für zukünftige Verfahren völlig falsche Signale. Die zuständigen Gremien untergraben zudem ihre eigene Souveränität.

Privatpersonen müssen oft sehr viel an Geduld aufbringen, bis ihre Bauanträge sorgfältig geprüft und genehmigt werden. Gleiches sollte auch für den Lidl-Konzern gelten, der, ist er vom Standort des neuen Marktes überzeugt, gerne noch etwas wartet. Übertriebene Eile ist nicht geboten!

## Der Polemik den Wind nehmen

### Infoveranstaltung zum Thema Windenergie

Am 12. Dezember vergangenen Jahres führte die Gemeindeverwaltung im Ratssaal eine Informationsveranstaltung zum Thema „Windenergie“ durch. Für uns GRÜNE, die wir mit einem Initiativantrag im Gemeinderat den Anstoß zu diesem Informationsabend gaben, spielten dabei missionarische Hindergedanken – mehr „Windkraftbefürworter“ in Lambsheim – keine große Rolle. Uns ging es vielmehr darum, dass die Gemeinde, die im Begriff ist, Vorrangflächen auszuweisen, im Vorfeld grundlegende Auskunft über die rechtliche Situation und den momentanen technischen Stand der Windenergienutzung in Deutschland, speziell in Rheinland-Pfalz, erhält. Die mit Besuchern gut gefüllten Reihen im Bürgersaal des Rathauses belegten, dass offensichtlich immer noch Informationsbedarf zu diesem „Dauerbrenner“ besteht.

Die sachlichen und fundierten Ausführungen des von uns vorgeschlagenen Referenten Manfred Fallen, Dozent an der Universität Kaiserslautern mit Forschungsschwerpunkt Windenergie und Berater der Landesregierung auf diesem Gebiet, überzeugten und ließen zugunsten einer nüchternen Sachdiskussion kaum Raum für Polemik.

Am 18. Februar beschloss der Gemeinderat nun endgültig die Änderung des Flächennutzungsplanes mit der „Zielsetzung eine Versorgungsfläche für Windenergie ... auszuweisen und damit die Windenergienutzung im übrigen Gemeindegebiet auszuschließen.“ (aus den Erläuterungen zum Flächennutzungsplan). Gewählter Standort ist eine ca. 23 ha große Fläche im Nordosten der Gemarkung. Dabei wurden vor allem folgende Kriterien berücksichtigt: Abstand zu Siedlungsflächen, Auswirkungen auf das Landschaftsbild, Eingriffe in die Natur, Abstimmung mit den Nachbargemeinden.

Die intensiven Überlegungen und Abwägungen hinsichtlich der potentiellen Standorte verdeutlichen, wie wenig sinnvoll es ist, Windkraft weder von vornherein gänzlich abzulehnen noch als das Allheilmittel schlechthin zu sehen.

Neben dem wichtigen Aspekt des Energiesparens – auch hier müssen die Kommunen noch viel dazulernen – haben wir bei den sich abzeichnenden Entwicklungen gar keine andere Wahl als die Forschung auf dem Gebiet der alternativen Energien voranzutreiben. Nicht nur an der See in Norddeutschland, auch in Rheinland-Pfalz gebe es durchaus windkrafttaugliche Regionen. So sei beispielsweise der Ertrag der beiden Anlagen in Tiefenthal/Neuleiningen, die von der Lamsheimer Firma G.A.I.A. betreut werden, höher als erwartet.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen, die teilweise nichts als eine rechtswidrige Verhinderungspolitik betreiben, stellt sich Lamsheim der Verantwortung. Man hat bisher gut daran getan, durch die sachliche Auseinandersetzung der Polemik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

## Neues aus dem Rat

### Strompreise: Hat man wirklich die Wahl?

In der letzten Sitzung des Jahres am 10. Dezember 2003 wurde vom Gemeinderat eine Erhöhung der Stromtarife beschlossen. Eigentlich eine Pseudoabstimmung, denn in Wirklichkeit hatten die Ratsmitglieder nicht die Wahl, sich für ein Dafür oder ein Dagegen zu entscheiden.

Woran liegt es, dass auch nach der Liberalisierung des Strommarktes die Preise steigen, die normalerweise mit dem Wettbewerb einhergehenden Preissenkungen aber ausblieben oder aufgezehrt wurden? Nicht etwa die vielgescholtene Ökosteuern ist schuld. Verantwortlich für diesen Missstand ist vielmehr die Strategie der etablierten Stromanbieter, die für die Nutzung der Überlandleitungen und Stromnetze Unsummen von den neuen Anbietern verlangen und

diese damit versuchen aus dem Markt drängen. Während die Stromerzeugungskosten zurückgingen, stiegen parallel die Netzentgelte um etwa denselben Betrag an.

Durch diese interne Umverteilung werden – bei gleichbleibend üppigen Gewinnmargen – deutlich höhere Anteile der Gesamterlöse dem Wettbewerb entzogen, der Marktzugang für Neulinge erschwert und der eigentliche Wettbewerb verhindert. Während vor allem Anbieter von Ökostrom hart um Marktanteile kämpfen müssen, verzeichneten RWE und Co. im Jahr 2003 Renditen von über 25 %; und das in Zeiten, in denen Gewinne in der Wirtschaft mehr als rar sind. Dies wiederum passt zu der Tatsache, dass die realen Mehrkosten für Strom aus Erneuerbaren Energien im selben Jahr mit ca. 0,37 Cent pro Kilowattstunde sogar gesunken sind, die Stromwirtschaft ihren Kunden aber trotzdem 0,42 Cent für die EEG-Umlage in Rechnung stellte. Macht eine Überhöhung von 25 % oder 500 Millionen Euro. Kein Wunder, dass selbst die Verbraucherzentralen den Konzernen bescheinigten, sich auf Kosten der Privathaushalte zu bereichern.

Zurück zu Lamsheim: Hier ist die Gemeinde mit ihren Gemeindewerken Täter und Opfer zugleich. Täter, weil wir durch unsere Zustimmung den etablierten Stromkonzernen helfen, auf ihrer Monopolstellung zu beharren und sich auf Kosten anderer zu bereichern. Opfer, weil die Preise von oben kommen, und wir, wollen wir mangels Alternative nicht im Minus landen, die Preiserhöhungen lediglich weiterleiten.

Wir enthielten uns der Stimme – wir hatten keine Wahl!

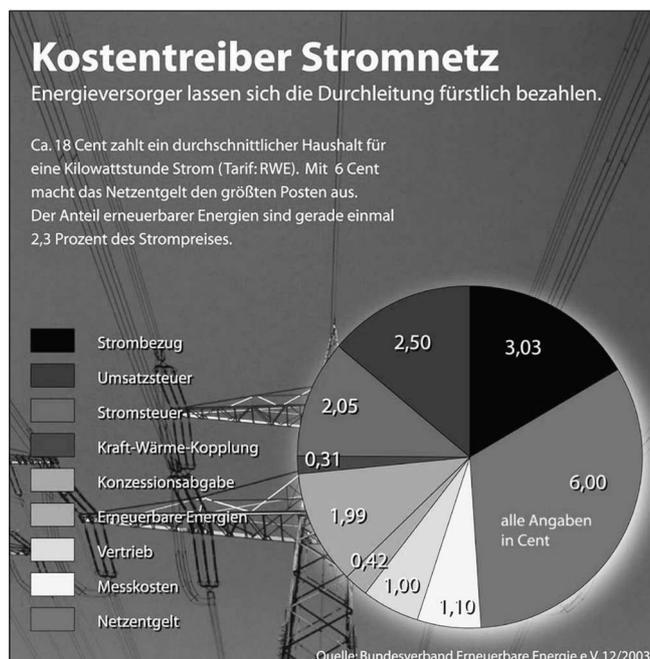
## Gemeinderatswahlen

Der Ortsverband Lamsheim von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in einer öffentlichen Wahlversammlung am 8. März seine KandidatInnen für die bevorstehende Gemeinderatswahl aufgestellt. Angeführt wird die Liste von unserem Gemeinderatsmitglied Frau Anneli Langhans-Glatt, gefolgt von Klaus-Peter Spohn-Logé auf Platz 2.

Die Liste im Einzelnen:

1. Anneli Langhans-Glatt, 40, Lehrerin
2. Klaus-Peter Spohn-Logé, 51, Sozialsekretär,
3. Ralf Lauber, 42, selbständiger Hausverwalter
4. Werner Petry, 38, Prozessleittechniker
5. Jeannette Röder, 18, Schülerin
6. Thorsten Schoberwalter, 39, Rechtsanwalt
7. Ingrid Stadtmüller, 47, Sozialpädagogin
8. Axel Brenneisen, 46, technischer Angestellter
9. Ursula Logé, 46, Altenpflegerin
10. Günther Kunze, 61, Kunststoff-Formgeber

Eine detailliertere Vorstellung folgt in der nächsten Ausgabe des **Grünen Igels**.



Das Tortendiagramm beginnt entsprechend der zugehörigen Legende rechts oben mit den Kosten für Strombezug (3,03 Cent), verläuft entgegen dem Uhrzeigersinn und endet unten rechts mit den Kosten für die Durchleitungsgebühren (Netzentgelt, 6,00 Cent)